

3.0 Eingaben, Initiativen, Lobby - Die politische Arbeit der agah

3.1 Integrations- und Antidiskriminierungspolitik

Integrations- und Antidiskriminierungspolitik ist im weiteren, aber auch im engeren Sinn der Oberbegriff für die politische Arbeit der agah.

Alle Eingaben, Initiativen und Aktivitäten haben und hatten stets das spannungs- und vorurteilsfreie, tolerante und gleichberechtigte Leben aller Menschen unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, also Integration, zum Ziel. So ist nach unserer Auffassung Integration nicht erreichbar, wenn für Menschen mit Lebensmittelpunkt in Deutschland unterschiedliche Gesetze gelten. Eine Integrationspolitik, die nicht als immanenter Bestandteil Antidiskriminierungsmaßnahmen ihr Eigen nennt, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung muss eines der wesentlichen Elemente jeder Integrationspolitik sein. Ohne die Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft, auf die Minderheiten zuzugehen und gemeinsam mit ihnen an einer besseren, gerechten Gesellschaft zu bauen, bleibt jede Integrationsmaßnahme eine Farce.

Deshalb sind alle Abschnitte dieses Berichtes als Bestandteil der Integrationsbemühungen der agah zu verstehen. Dennoch bedarf es eines eigenen Kapitels zu dem Oberbegriff „Integration“. Dafür spricht zum einen der politische Zeitgeist, der Integration zum Schlüsselbegriff einer modernen Migrationspolitik erkoren hat. Zum anderen war und ist es der erklärte Integrationsschwerpunkt der Hessischen Landesregierung, der im Berichtszeitraum auch Vorstand und Geschäftsstelle teilweise in nicht unerheblichem Umfang zeitlich in Anspruch genommen hat.

Dieses Kapitel beschäftigt sich deshalb vordringlich mit Ansätzen und Aktivitäten der agah, die sich eher grundsätzlichen Fragestellungen widmen und nicht immer den themenbezogenen Abschnitten dieses Kapitels zuzuordnen sind.

3.1.1 Integrationspolitik

3.1.1.1 Allgemein

Die Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung, aber auch die Entwicklung und Umsetzung eigener konzeptioneller Ansätze, bestimmten die Arbeit von Vorstand und Geschäftsstelle im Berichtszeitraum. Hervorzuheben sind an dieser Stelle vor allem die zahlreichen Gespräche mit Landespolitikern und eigene Veranstaltungen und Diskussionen im Rahmen von Plenar- und Vorstandssitzungen.

Dabei war die agah immer von dem Ziel geleitet, kritisch, aber konstruktiv den Dialog zu führen, Defizite aufzuzeigen und Verbesserungen einzufordern. Vor allem die Verbesserung der rechtlichen Gleichstellung, gleiche soziale und ökonomische Chancen, Initiativen gegen Vorurteile und für ein besseres Miteinander beherrschten die Diskussionen.

„Stiefkind Bildungspolitik“

Ausländerbeiräte sehen aber Fortschritte bei der Integration

WIESBADEN. Die Integration der in Hessen lebenden Ausländer hat nach Einschätzung des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (AGAH), Manuel Parrondo, Fortschritte gemacht. Nach dem Landtagswahlkampf der CDU mit ihrer Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft im Jahr 1999 sei das nicht absehbar gewesen, sagte Parrondo. „Auch dann hat es eine Weile gedauert, aber jetzt ist etwas in Fahrt gekommen“, ergänzte er.

Dies zeigten die Integrationskampagne der Landesregierung und viele lokale Projekte. „Sehr positiv ist die Arbeit des Wirtschaftsministeriums; ein Stiefkind ist aber die Bildungspolitik“, sagte Parrondo. Der AGAH-Vorsitzende lobte insbesondere die Informationsveranstaltungen von Wirtschaftsminister Dieter Posch (FDP) für ausländische Selbstständige und die Bemühungen, ausländische Unternehmen zur Einstellung von Lehrlingen zu ermuntern.

Kritisch äußerte sich Parrondo zu Kultusministerin Karin Wolff (CDU): „Was uns Bauchschmerzen macht, ist die Novelle des Schulgesetzes.“ Zwar begrüße die AGAH die vor der Einschulung vorgesehenen Deutschtests.

Doch wenn es nicht genug Kurse gebe, um festgestellte Defizite aufzuholen, werde das Gesetz dazu führen, das viele aus-

ländische Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt würden.

Ohnehin sei es besser, noch früher mit dem Erlernen des Deutschen zu beginnen, sagte Parrondo. Dafür müsse sich das Land bemühen, möglichst viele ausländische Kinder in die deutschen Kindergärten zu holen: „Das würde dann auch erfordern, dass dort auch entsprechend ausgebildete Erzieherinnen vorhanden sind. Aber das Geld, das wir dafür aufwenden, sparen wir später vierfach.“ Ohne deutsche Sprachkenntnisse drohe soziales Abgleiten. Parrondo beklagte auch die frühe Aufteilung der Kinder auf die verschiedenen Schulformen. Dabei würden unverhältnismäßig viele ausländische Schüler „ausgesondert“.

Der AGAH-Vorsitzende forderte, alle Integrationsmaßnahmen von der kürzlich verhängten Haushaltssperre auszunehmen. Eine Aufgabe für die kommenden Jahre sei es, mehr Zuwanderer in die öffentliche Verwaltung aufzunehmen: „Bei der Polizei funktioniert das ja schon gut. Aber auch etwa in Sozial- und Wohnungsämtern müsste das möglich sein.“ Zudem sollte das Land die Frage des Islamischen Religionsunterrichts lösen: Entweder müsse es einen konfessionsneutralen Ethikunterricht oder einen Islam-Unterricht geben: „Und zwar mit Lehrern, die hier ausgebildet worden sind.“ lbe

Frankfurter Rundschau 15.06.2002

Als Beispiele seien hier die Gespräche mit Ministerpräsident Koch, Sozialministerin Lautenschläger und Sozialstaatssekretär Krämer im Rahmen der Plenarsitzungen der agah genannt (vgl. u.a. Kap. 2.2).

Aber auch die im Berichtszeitraum geführten Gespräche des Vorstandes mit Landesregierung und Fraktionen im Landtag hatten immer integrationspolitische Fragen zum Inhalt. Es würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen, sie im Detail darzustellen – teilweise sind die Initiativen und Vorschläge Bestandteile der nachfolgenden Kapitel -, dennoch soll nachfolgende Aufstellung einen Überblick über die Vielfalt der Themen ermöglichen:

- | | |
|---|---|
| € Staatsminister Riebel | 21.02.2002, 11.06.2002, 05.02.2003, 26.02.2003, 28.08.2003. Themen: u.a. MSU, Islam, Rassismus, Sprachförderung, Zuwanderungsgesetz, Einbürgerungsverfahren, Integrationspoli- tische Schwerpunkte in der nächsten Le- gislaturperiode, Auswirkungen der Euro- päischen Verfassung auf Migrant/innen |
| € Staatsministerin Lautenschläger, Sts. Seif und Krämer | 02.04.2002, 29.04.2003 Themen: u.a. Integrationsmaßnahmen im Bereich des Hessischen Sozialministeri- ums 2003-2008, Sprachförderung, Kam- pagne „Hessen: Grenzen-los“, Interkultu- relle Kompetenz, Initiativen gegen Vorur- teile, Krankenversicherungsansprüche |
| € Staatsminister Bouffier, Sts. Scheibelhuber | 17.01.2002, 27.03.2003, 27.08.2003 Themen: u.a. EU-Erweiterung, Wohnsitz- nachweise, Zuwanderungsgesetz, Ein- bürgerungsverfahren, Integrationspoliti- sche Schwerpunkte in der nächsten Le- gislaturperiode und Vorstellungen der a- gah, Härtefallkommission, Olympia 2012, Sport |

- € Staatsminister Wagner 24.06.2003
Themen: u.a. Migranten als Beschäftigte im Justizbereich, ausländische Inhaftierte in Justizvollzugsanstalten, Einlasskontrolle muslimischer Besucherinnen in JVA'en
- € Staatsministerin Wolff 09.01.2002, 17.09.2003
Themen: u.a. Islamischer Religionsunterricht, Ethik-Unterricht, Unterricht in den Herkunftssprachen, Deutschförderung an Schulen
- € Staatsminister Rhiel, Sts. Dr. Hirschler 26.03.2002, 05.07.2002, 28.04.2003, 16.09.2003. Themen: u.a. Integrationsförderung, laufende Projekte zur wirtschaftlichen Integration, Integrationsmaßnahmen im Bereich des Hessischen Wirtschaftsministeriums 2003-2008
- € Staatsminister Corts 10.07.2003
Themen: u.a. ausländische Studierende, Wohnheimsituation, Studiengang Islam
- € Staatssekretär Seif 04.08.2003
Themen: Verbraucherschutz, Schächten
- € CDU 19.03.2003, 02.04.2003, 27.05.2003, 10.07.2003. Themen: u.a. Integrationsmaßnahmen auf Landesebene 2003-2008, Antidiskriminierungspolitik, politische Partizipation, Schule und Ausbildung, Religion, Zuwanderungsgesetz
- € SPD 25.01.2002, 04.06.2003, 05.10.2003, 06.11.2003, 01.12.2003. Themen: u.a. Integrationsmaßnahmen auf Landesebene 2003-2008, Antidiskriminierungspolitik, politische Partizipation, Schule und Ausbildung, Religion, Zuwanderungsgesetz,

Migrationssozialberatung, Härtefallkommission, Ausländerrecht

€ Grüne

25.06.2003, 07.10.2003

Themen: u.a. Integrationsmaßnahmen auf Landesebene 2003-2008, Antidiskriminierungspolitik, politische Partizipation, Schule und Ausbildung, Religion, Zuwanderungsgesetz, Härtefallkommission

€ FDP

10.01.2002, 28.05.2003, 03.09.2003

22.11.2003. Themen: u.a. Integrationsmaßnahmen auf Landesebene 2003-2008, Antidiskriminierungspolitik, politische Partizipation, Schule und Ausbildung, Zuwanderungsgesetz.

Im Rahmen von zwei Podiumsdiskussionen während der Hessentage 2002 und 2003 diskutierten die Delegierten der agah mit den Vertretern der vier Landtagsfraktionen über den Stand und die Zukunft der Integrationspolitik in Hessen und formulierten ihre Erwartungen an die Landespolitik (vgl. dazu Kap. 2.2).

„Integration ist keine Einbahnstraße“

Plenarsitzung der hessischen Ausländerbeiräte auf dem Hessentag

BAD NABEN. Sachlich und engagiert haben gestern die Ausländerbeiräte Hessens und die Landtagsabgeordneten aller Parteien in der Bürgerhalle Helsen über die Integration von Ausländern diskutiert. Unter der Moderation von Murat Cakir debattierten Frank Williges (CDU), Sabine Waschke (SPD), Margaretha Hölldobler-Heumüller (Grüne) und Reinhard Schulz (FDP) verschiedene Konzepte der Integration. „Alle Parteien sind sich einig, dass Integration ein-

ne wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe ist. Ein Dissens herrscht aber darüber, wie die Integration erreicht werden soll. Wir wollen aber, dass die Betroffenen dabei öfter gehört werden und besser beteiligt werden“, fasste Murat Cakir zusammen.

Uneinigkeit herrscht zum Beispiel über die sprachliche Frühförderung von ausländischen Kindern. Während die CDU für Sprachkurse und Schuleingangsprüfungen ist, will die SPD ein verpflichten-

des Kindergartenjahr mit dem Schwerpunkt Sprachvermittlung umsetzen.

Ulrike Foraci, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, begrüßte die Vorschläge. Sie betonte aber, dass noch mehr für die Integration getan werden müsse. Sie vermisste nach wie vor Maßnahmen, um gegen die Diskriminierung von Ausländern vorzugehen. „Integration ist keine Einbahnstraße. Beide Seiten müssen etwas dafür tun.“ (MGX)

Hessische Allgemeine 15.06.2003

Mit einer Reihe von eigenen Veranstaltungen und Fortbildungen suchte die agah den gesellschaftlichen Diskurs zur Integrationsfrage voranzubringen und eigene Positionen weiterzuentwickeln (vergleiche dazu Kapitel 6).

- | | |
|--------------|---|
| € 14.09.2002 | agah/HLZ-Fachtagung „Integration vor Ort“, Babenhausen |
| € 28.09.2002 | agah/DGB-Fachtagung „Integration oder was?“, Marburg |
| € 29.01.2003 | agah/RTS-Podiumsdiskussion „Zuwanderungsgesetz gescheitert. Wie geht es weiter mit der Integration in Hessen?“, Frankfurt am Main |
| € 13.03.2003 | agah/DGB-Fachtagung „Integration oder was?“, Frankfurt am Main |
| € 05.05.2003 | agah/DGB-Fachtagung „Integration oder was?“, Hanau |
| € 19.06.2003 | agah/HSM-Veranstaltung „Integration aktiv gestalten“, Bad Arolsen |
| € 28.06.2003 | agah/DGB-Fachtagung „Integration oder was?“, Kassel |
| € 08.11.2003 | agah/HLZ-Fachtagung „Integrationsarbeit vor Ort“, Hofheim am Taunus |

Mit Pressekonferenzen und zahlreichen Interviews - vor allem zur Bewertung der Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung kurz vor der Landtagswahl 2003 – konnte die agah zudem ihre Positionen für eine gelungene Integration immer wieder auch öffentlich darstellen (vgl. auch Kap. 5.1).

Der „Ausländerfeind“ und die Ausländer

Ausgerechnet das Hessen des Roland Koch betreibt eine energische Integrationspolitik: die andere Seite der Doppelpaß-Kampagne

VON CORNELIA VON WEHRLEN

FRANKFURT. Rodgau ist nicht beson- ders schön, eine in die Länge gezo- gene Kleinstadt, in der sich fünf Ortschaften aneinanderreihen. Hier ist Nidder-Roden. Dort lebt Cor- nelia Väter, die Vorsitzende des Aus- länderbeirats von Rodgau, mit sei- ner deutschen Frau und zwei Kin- dern. Damals, als sein Vater hier- her zog, war er der Bekannte mit dem freies Feld und dachte über die Chancen von Asylan Vätern und anderen türkischen Vertragsarbei- tern nach.

Asylan Väter und seine Kollie- gen gehören zu den ersten Auslä- n- dern in Rodgau, mittlerweile zählt der Ort etwa 4600 Aus-

länder aus 102 Natio- nen. „Zwei kommen von Marokko, einer ist im Ausländerbeirat“, be- richte Asylan stolz. Ir- gendwie stolz ist er auch darüber, daß Rod- gau die erste Kommu- ne in Hessen war, die Integrationskon- zept hatte: vom Auslä- n- derbeirat ausgehend, von den Rathaus-Politi- kern mit winzigen An- derungen einmügend akzeptiert. Und das in Hessen unter einem Mi- nisterpräsidenten Roland Koch.

Manuel Parrondo, der Vorsitzen- de der Arbeitsgemeinschaft der Aus- länderbeiräte Hessen, war vor vier Jahren schockiert über die Unter- schriftaktion von diesem Roland Koch: „Das hat weh getan.“ Viele waren schockiert, die SPD, die Grünen, die Gewerkschaften, die Flüchtlingsorganisationen, die Kirchen. Koch betrie- be Antidiskriminierungspolitik, spalte die Gesellschaft, zünde gefährlich mit Emotionen,

hieß es. Der zweite Schock für Par- rondo war, daß Koch die Landtags- wahl 1999 tatsächlich gewonnen. Heu- te hat sich der Akkord verändert. So- von den Schakal-Ausländerfeind- lichen Nieder-Roden. Dort lebt Cor- nelia Väter, die Vorsitzende des Aus- länderbeirats von Rodgau, mit sei- ner deutschen Frau und zwei Kin- dern. Damals, als sein Vater hier- her zog, war er der Bekannte mit dem freies Feld und dachte über die Chancen von Asylan Vätern und anderen türkischen Vertragsarbei- tern nach.

Der politische Geg- ner hat Koch die Un- terschriftenkampagne gegen den Doppelpaß freudlich noch nicht ver- zihen. Das hat Manu- el Parrondo scherzhaft auch nicht. Ebenso- wenig, wie dies die Wohl- fahrts- und Migranten- organisationen, die DGB Hessen und die Caritasverbände gern haben, die jetzt kurz vor der Landtagswahl einen „Wechsel in der hessischen Migrations- politik“ fordern. Hessen braucht eine Härtefallkommission und das Bleiberecht für die sogenannten Geduldeten ohne Rückkehrmög- lichkeit. Hessen braucht zudem ein Integrationskonzept, das jenen, bei denen es offen ist, wie lange sie blei- ben, „Integration auf Zeit“ bietet.

Walter Kindermann, der Leiter der neuen Integrationsabteilung im Wiesbadener Sozialministerium, sieht das natürlich ganz anders. Eine schrankenlose Ausweitung des



Foto: Mario Voderhans/epa/STV

Deutsch-Kommisse, der kindrigen Ahe-Schritzen gesteht hat. Ewa die Hälfte der ausländischen Jun- gen und Mädchen kann nicht ge- n- ugsam Deutsch, kam dabei heraus. „Ja zu Integration - nein zur dop- pelten Staatsbürgerschaft“, stand vor vier Jahren auf den unstritte- ren Unterschriftenlisten. Koch hat sich mit diesem Versprechen in die Pflicht genommen. „Er war so in der Pflicht“, sagt Ulrike Foraci, die Geschäftsführerin der Arbeits- gemeinschaft der hessischen Aus- länderbeiräte, „daß sich in Hessen etwas geändert hat, auch untopphi- sch, auch bei den Kommunalpoli- tikern.“ Die versünden allerdings unter Integration der Ausländer oft noch deren Anpassung. Hans El- chel und Rot-Grün ist es mehr um den rechtlichen Status von Auslä- n- dern gegangen, Koch geht es mehr um Sozials, vergrößert Ulrike Foraci. „Nichts im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen, der der Landesministerbeirat, der die Integration ersetzt hat und das Kernstück des „strukturellen“ Inte- grationskonzepts ist. Die anderen Besondere sind die federführende Abteilung im Sozialministerium und der Staatssekretärsstabschef,

der zwischen den Ministerien ko- ordiniert. Hessen versteht Integri- tion als Querschnittsaufgabe. Sie reicht vom Spracherwerb über die Ausbildung, die Arbeitswelt, das so- ziale Umfeld bis zur Freizeit.

Der Integrationsbeirat, der die Landesregierung berät, hat 28 Mit- glieder. Zu einem Drittel sind sie Ausländer. Wenn Integration ein Anreizentzweck bedeute, müs- se die Mehrheitsgesellschaft in sich einem Gremium auch die Mehrheit haben, findet Foraci. Der Integrationsbeirat hat in Deut- schland Schule bekommen, Han- n- über und Saarlouis haben ihn kopiert, wie

zahl laut Kindermann für Jungen und Mädchen im Kindergartenalter pro Kind und pro Deutschstun- de 7,75 Euro. Mehr als 5000 Kinder nehmen an diesem Programm teil, in diesem Jahr sollen es noch mehr werden. Weitere 3000 Kinder be- suchen vor ihrer Einschulung Deutsch-Vorkurse des Kultusmi- nisteriums. Damit sie das können, hat Hessen im vergangenen Herbst die Anmeldefrist zur Grundschule vorverlegt. Zwischen Anmeldefrist und offiziellem Schulbeginn liegt nun ein knappes Jahr. Damit ver- bunden war, daß Hessen bei der An- meldung zum ersten Mal die

es in Wiesbaden heißt, Sachsen-An- halt überlegt noch. Dafür hat Bay- ern die Integrationsbeileitung nach- gemacht. Unter dem Bundeslän- dern einmalig geliehen ist der „In- tegrationskompas“, den das Sozial- ministerium ins Internet gestellt hat. Er gibt einen Überblick über alle Projekte in den Kreisen und Kommunen, welche die Träger ge- mehr als tausend Firmengruppen.

„Wir nehmen die Karte beim Länderbeirat relativ kurz nach der Landtagswahl mit den im Rathaus vertretenen Parteien - CDU, SPD, Grüne - zusammengelesen und her- ausgeht, daß die Vorstellung- leben der Menschen unterschiedli- cher kultureller und sprachlicher Prägung geteilt sein könnte, und nicht aus dem Nichts mit dem Papier, be- dauert Gökal Aslan. Aber Rod- gau hat an Kindergärten und Schu- len Fragenbogen verteilt, bringt im Kindergarten nicht nur ausländi- schen Kindern, sondern auch de- ren Müttern Deutsch bei - Rod- gau, eine hessische Integrations- Vorzeigekommune.

In Frankfurt, Hessens Auslä- n- der-Hauptstadt, ist ebenfalls vieles pragmatischer geworden. Erst war die untreue und streibstege Da- niel Cohn-Bendit von den Grünen Dezernat für multikulturelle An- gelegenheiten. Heute ist sein Nachfolger Albrecht Magen, ein freundlicher älterer Herr - von der CDU. Und niemandem regt das auf, auch die Ausländerbeiräte nicht. Einzig Eschborn scheint die Entwicklung verschlafen zu haben, ausgerichtet der Wohnort von Ro- land Koch. Bei Eschborn gibt der Kompas die Antwort: „Es wurden leider keine Suchergebnisse gefun- den.“

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 26.01.2003

Sehr zeitaufwändig war vor allem die Teilnahme an einer Vielzahl von Veranstaltungen zu diesem Thema, die auch im Berichtszeitraum quasi „wie Pilze aus dem Boden schossen“. Als Beispiele seien genannt:

- € 17.01.2002 Diskussionsveranstaltung „Integration“, Frankfurt am Main. Veranstalter: IG Metall, AG Senioren
- € 01.03.2002 Preisverleihung „Preis für Integration 2001“, Offenbach. Veranstalter: Stadt Offenbach
- € 25.03.2002 Gespräch mit dem AB-Vorsitzenden und dem Bürgermeister von Erlensee wegen Integrationsprojekt „Sprachkurs für Frauen“, Erlensee
- € 24.05.2002 Petersberger Gespräche „Integration der Kulturen – eine europäische Herausforderung“, Bonn. Veranstalter: Westdeutscher Rundfunk (WDR)
- € 22.08.2002 Preisverleihung des „Wettbewerbs zur Integration von Zuwanderern“ und Abend der Begegnung, Schloss Bellevue, Berlin. Veranstalter: Bundespräsident Johannes Rau und Bertelsmann-Stiftung
- € 13.09.2002 Eröffnung der „Interkulturellen Wochen 2002“, Offenbach. Veranstalter: Stadt Offenbach
- € 02.-03.11.2002 Seminar „Was uns trennt – was uns vereint“, Darmstadt. Veranstalter: Ausländerbeirat Darmstadt
- € 12.11.2002 IV. Integrationsforum Rheinland-Pfalz „15 Jahre Beauftragte für Ausländerfragen Rheinland-Pfalz“, Mainz

- € 12.11.2002 Forum „Integration in Dietzenbach“, Dietzenbach. Veranstalter: SPD
- € 16.01.2003 Veranstaltung „Integration der MigrantInnen als kommunale Aufgabe“, Heppenheim. Veranstalter: SPD-Ortsbezirk Mitte Heppenheim
- € 12.03.2003 Gespräch „Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern: Perspektiven, Wünsche und Hindernisse in Mühlheim“, Mühlheim am Main. Veranstalter: SPD Mühlheim
- € 28.03.2003 Gesprächsforum „Interkulturelle Kompetenz – Feststellungsverfahren von Ressourcen bei jungen Migranten“, Wiesbaden. Veranstalter: INBAS und JVA Wiesbaden
- € 29.04.2003 Tagung „Interkulturelle Kompetenz gegen Benachteiligung“, Frankfurt am Main. Veranstalter: Interkultureller Rat in Deutschland
- € 13.05.2003 Veranstaltung „Strategien einer kommunalen Integrationspolitik“, Dietzenbach. Veranstalter: Integrationsbüro des Landkreises Offenbach
- € 27.05.2003 Überreichung des Integrationspreises 2002 der Stadt Frankfurt im Kaisersaal des Römers, Frankfurt am Main
- € 27.06.2003 Referat „Die Kommune als wichtiger Ort der Integration“ im Rahmen des Seminars „Migrationsarbeit vor Ort“, Bendorf. Veranstalter: AGARP, Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz
- € 13.07.2003 Diskussion „Integration jugendlicher Ausländer“, Raunheim. Veranstalter: Ausländerbeirat Raunheim

- € 15.-16.09.2003 „Foreigner's Integration and Participation in Public Life in European Cities“, Stuttgart
- € 19.11.2003 Überreichung des Integrationspreises der Stadt Frankfurt, Frankfurt am Main



3.1.1.2 Integrationsbeirat

Herzstück des Integrationskonzeptes der Hessischen Landesregierung ist, gemäß der Koalitionsvereinbarung aus dem Jahre 1999 und dem Integrationskonzept der Landesregierung, der Integrationsbeirat. Aufgabe des Beirates ist, die Landesregierung in Fragen der Integration zu beraten, Handlungsfelder zu definieren und praktikable Vorschläge zur Umsetzung zu unterbreiten. Er „soll ein Zeichen dafür sein, dass gemeinsame Antworten auf die Fragen der Integration gesucht werden.“

Der Integrationsbeirat besteht seit April 2000. Unter Vorsitz der Sozialministerin setzte er sich bis zur Landtagswahl 2003 zunächst aus 29 Personen zusammen, die verschiedene gesellschaftliche Bereiche, nämlich die Bereiche Arbeitswelt, Religion, Wissenschaft, Bildung und

Ausbildung, soziales Leben, Kultur, Medien und die kommunale Ebene vertreten sollten. Teilweise vertraten sie Organisationen, teilweise sich selbst. Der Anteil der Migranten lag bei etwas mehr als einem Drittel. Den stellvertretenden Vorsitz hatte der Staatssekretär im Hessischen Wirtschaftsministerium inne. Zudem waren mit Gaststatus die vier Fraktionen des Hessischen Landtags vertreten.

Nach der Landtagswahl wurden die Mitglieder des Beirates neu berufen. Er besteht nunmehr aus 32 Personen und zusätzlich jeweils einem Vertreter/einer Vertreterin der Fraktionen im Hessischen Landtag. 20 Personen waren bereits Mitglied im ersten Integrationsbeirat.

Die agah ist nunmehr mit drei statt zwei Personen vertreten (Manuel Parrondo, Ulrike Foraci, Ömer Sekmen). Die Anzahl der Mitglieder mit Migrationshintergrund hat sich im neuen Beirat jedoch nur unwesentlich erhöht: Er liegt weiterhin unter 40 Prozent.

Die Vertreter der agah nahmen an allen Sitzungen des Beirates regelmäßig teil:

- € 04.02.2002
- € 14.03.2002
- € 18.06.2002
- € 24.10.2002
- € 26.03.2003
- € 11.06.2003
- € 04.09.2003
- € 13.11.2003

Themenschwerpunkte der Sitzungen waren:

- € Integrationskampagne
- € Integrationsbericht
- € Deutschförderung
- € Ethikunterricht „Schwerpunkt Islam“
- € Muslimische Schülerinnen-/Schülerwohnheime
- € Flüchtlinge
- € Sport und Integration
- € Zuwanderungsgesetz

- € Beschäftigung von „Drittstaatern“ im öffentlichen Dienst
- € Bildung und Integration
- € „Operation Sichere Zukunft“.

Zudem führte der Beirat Gespräche mit Ministerpräsident Koch am 11.02.2002 und 11.06.2003, mit Kultusministerin Wolff am 24.10.2002, mit Innenminister Volker Bouffier am 13.11.2003.

Bis Ende 2003 verabschiedete der Beirat zudem drei Erklärungen:

- € „Zuwanderung zukunftsfähig und vernünftig regeln“ (14.03.2002)
Damit sprach sich der Beirat für eine umfassende gesetzliche Regelung von Zuwanderung und Integration aus. Er appellierte an die beteiligten Parteien und die Hessische Landesregierung, baldmöglichst eine Einigung herbeizuführen, und warnte im Hinblick auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf davor, die Neuregelung der Zuwanderung zum Gegenstand wahltaktischer Überlegungen zu machen.
- € „Stärkung der Integrationsmöglichkeiten Jugendlicher aus zugewanderten Familien durch berufliche Bildung“ (04.09.2003)
Unter dem Gesichtspunkt der besonderen Benachteiligung von Jugendlichen aus zugewanderten Familien empfahl der Beirat folgende Maßnahmen:
 - Vermittlung von Kenntnissen über die deutsche Berufsausbildung, deren Vielfalt und Karrierechancen in auch weniger frequentierten Berufen;
 - Aufklärungsarbeit bei den Eltern über die Berufsmöglichkeiten;
 - Verstärkte Gewinnung von Lehrpersonal mit Migrationshintergrund insbesondere an beruflichen Schulen;
 - Initiierung bzw. Ausbau von Verbundqualifizierungsmodellen;
 - Intensivierung bzw. Aufbau von regionalen Netzwerken;
 - Anstrengungen zur Deutschförderung beim Übergang vom allgemein bildenden Schulwesen in die berufliche Bildung.
- € „Operation Sichere Zukunft“ (13.11.2003)
Der Beirat sah dabei „voller Sorge“ die geplanten Sparmaßnahmen der Landesregierung, besonders im Sozialbereich. Konsequenz könne sein, dass die Schritte zu einer erfolgreichen Integration in der Zukunft nicht mehr möglich sind.

Vorbereitet und abgestimmt wurden die Erklärungen in so genannten Projektgruppen zu einzelnen Themenbereichen.

Im Berichtszeitraum bestanden folgende Untergruppen des Beirates:

Ø Projektgruppe Arbeit und Ausbildung

Die Gruppe tagte im Berichtszeitraum am 25.02.2002, 31.07.2003 und 19.08.2003.

In der Sitzung Anfang 2002 konnten sich die Teilnehmer/innen über das Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft informieren. Da ein enger Zusammenhang der Arbeit der PG mit der Diskussion über das Zuwanderungsgesetz deutlich wurde, vereinbarten die Teilnehmer/innen zudem, die Sitzungen zunächst auszusetzen. Eine Reaktivierung erfolgte im Sommer 2003. Themen waren die Durchführung einer koordinierten Aktion zur Ansprache ausländischer Unternehmen und „Berufskunde“, d.h. die Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildungsberufe mit zu geringer Nachfrage. Die PG bereitete zudem die oben erwähnte Erklärung zur Stärkung der Integrationschancen vor.

Die agah war bei jeder Sitzung durch Ulrike Foraci oder im Verhinderungsfall durch Ulrike Bargon vertreten.

Ø Projektgruppe Medien/Presse

Die Gruppe tagte letztmalig am 05. Februar 2002. Vertreter der agah war Yilmaz Memisoglu. Thema der Sitzung war die Vorbereitung der Medienkonferenz sowie eine mögliche Integrationsförderung durch die Landespressekonferenz. Weitere Sitzungen kamen im Berichtszeitraum nicht mehr zustande.

Ø Projektgruppe Schule

Die Gruppe tagte am 28.01.2002, 06.03.2002, 22.05.2002, 09.09.2002, 14.10.2002, 25.11.2002, 27.01.2003, 18.03.2003, 10.07.2003, 23.09.2003 und 27.11.2003. Mit 11 Zusammenkün-

ten war sie deutlich die aktivste PG innerhalb des Integrationsbeirates. Ständiger Vertreter war auch hier Yilmaz Memisoglu, in Vertretung Ulrike Foraci. Etwa 4 bis 8 Mitglieder des Integrationsbeirates bzw. ihre Vertreter nahmen regelmäßig teil.

Themen waren u. a. nicht-schulpflichtige Jugendliche und junge Erwachsene, Elternbroschüren, Verordnung zum Schulbesuch von Schülerinnen und Schülern nicht-deutscher Herkunft, Berufsschule, neues Schulgesetz, „Sprachkonferenzen“, Integrationskampagne, Ethikunterricht mit Schwerpunkt Islam, Seiteneinsteiger.

Ein Vertreter der PG berichtete regelmäßig in den Sitzungen des Integrationsbeirates über die Beratungen. Eine Tischvorlage, die von der Gruppe zur Förderung von schulpflichtigen Jugendlichen ohne Deutschkenntnisse im Berichtszeitraum erarbeitet wurde, lag dem Integrationsbeirat jedoch erst in 2004 zur Behandlung vor.

Ø Projektgruppe Flüchtlinge

Diese neu eingerichtete Projektgruppe traf sich erstmals am 26.02.2002. Weitere Sitzungen folgten am 01.08.2002, 16.09.2002 und 30.10.2003.

Sie befasste sich hauptsächlich mit einem Thesenpapier zu den Themen: Abschiebeschutz für Opfer nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung, der Anwendung der UN-Kinderrechtskonvention, Härtefallkommission, Asylbewerberleistungsgesetz, Altfallregelungen und der Situation Illegaler. Die Erklärung wurde während der Sitzungen ständig weiterentwickelt und schließlich zur Diskussion in den Integrationsbeirat eingebracht.

Das Interesse an der PG war und ist relativ gering. Neben der ständigen Mitarbeit der agah durch Ulrike Foraci, Julius Gomes oder Ulrike Bargon nahmen insgesamt nur 3 weitere Mitglieder des Integrationsbeirates teil.

Ø Projektgruppe „Zuwanderungsgesetz“

Aus Anlass der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz wurde eine PG „Zuwanderungsgesetz“, die sich einmalig am 7. März 2002 traf, installiert, um eine Vorlage für das Plenum zu erarbeiten. Das Interesse an der Zusammenkunft war außerordentlich hoch. Die inhaltliche Zusammenfassung der dann vom Integrationsbeirat herausgegebenen Erklärung ist oben abgedruckt.

Ø Projektgruppe Religion

In der Sitzung des Integrationsbeirates vom 04.09.2003 wurde nicht zuletzt die Einrichtung einer Projektgruppe angeregt, die den für 2004 vorgesehenen Themenschwerpunkt „Religion“ vorbereiten sollte. Die Gruppe traf sich erstmals in 2004.

Die Vertreterinnen und Vertreter der agah nahmen regelmäßig an den Sitzungen des Integrationsbeirates und der Projektgruppen teil und beteiligten sich aktiv an den Diskussionen mit Anregungen und Vorschlägen, aber auch durch Übernahme von Arbeitsaufträgen.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Vertreter der agah weiterhin zu den aktiven Mitgliedern des Integrationsbeirates gehörten. Viele, insbesondere Mitglieder nichtdeutscher Herkunft des 1. Beirates, waren nur unregelmäßig bzw. so gut wie gar nicht anwesend.



3.1.1.3 Integrationskampagne „Hessen:grenzen-los“

Im Jahresbericht 2000/2001 wurde bereits dargelegt, dass die Integrationskampagne auf eine Anregung der agah-Vertreter im Integrationsbeirat zurückgeht.

Hintergrund des Vorschlages war zum einen die Überzeugung, dass zu einer umfassenden Integrationspolitik auch Maßnahmen zur Bekämpfung von Vorurteilen und Ängsten in Teilen der Mehrheitsgesellschaft gehören. Integration kann nur dann funktionieren, wenn auch beide Seiten an diesem Prozess mitwirken. Einseitige Angebote an Menschen nicht-deutscher Herkunft reichen nicht aus. Es gilt vor allem ein positives gesellschaftliches Klima zu schaffen, das Integration auch zulässt. Hier sind vor allem Landespolitiker gefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen und Impulse, wie beispielsweise mit einer Kampagne, zu geben.

Vorbereitet wurde die Kampagne von einer so genannten „Steuerungsgruppe“, die aus fünf Mitgliedern des Integrationsbeirates, darunter einer Vertreterin der agah und dem Präsidenten des Landesportbundes, bestand. Formaler Träger der Kampagne war der Landessportbund. Die nötigen finanziellen Mittel wurden durch die Landesregierung bereitgestellt.

Ziel der Kampagne war es, Achtung, Akzeptanz und Toleranz zwischen Zuwanderern und angestammter Bevölkerung zu fördern und den Integrationsgedanken in Hessen zu festigen.

Nachdem die Auftaktveranstaltung in 2001 in der Paulskirche stattgefunden hatte, waren für 2002 weitere Höhepunkte geplant.



Das Hessische Kultusministerium unterstützte so die Kampagne mit einer eigenen Aktion, in der die Plakate „Wir verstehen uns“ allen hessischen Schulen zur Verfügung gestellt und sie aufgefordert wurden, das

Thema im Unterricht immer wieder bewusst aufzugreifen und interkulturelles Lernen als durchgängiges Unterrichtsprinzip zu praktizieren.

Die agah war weiterhin im Steuerungsteam der Kampagne durch Ulrike Foraci vertreten, das insgesamt noch dreimal am 5. und 28. Februar und 8. Mai 2002 tagte.

Inhalt der Sitzungen war im Wesentlichen die Vorbereitung der Integrationsveranstaltung am 16. Juni 2002 im Rahmen des Hessentages, die von einer Agentur vorbereitet und mit tatkräftiger Unterstützung von agah, Landessportbund und dem Hessischen Sozialministerium durchgeführt wurde.

Bemängelt wurde in diesem Zusammenhang das fehlende Engagement der großen Mehrheit der Mitglieder des Integrationsbeirates. Vor allem aus personellen Gründen gab dann der Landessportbund im Sommer 2002 die Federführung ab.

Dennoch finden seither weiterhin – wenn auch deutlich reduziert - Veranstaltungen im Rahmen der Integrationskampagne vor allem auf kommunaler Ebene statt.

Die agah hat zumindest für die Integrationsveranstaltungen auf dem Hessentag nunmehr die Federführung übernommen und setzte die 2002 in Idstein begonnene Reihe mit verändertem Konzept, in enger Kooperation mit dem Sozialministerium, und vor allem mit durchschlagendem Erfolg auf dem Hessentag 2003 in Bad Arolsen fort (vgl. dazu Kap. 5.3).



3.1.2 Antidiskriminierungspolitik

3.1.2.1 Allgemein

Vor allem rassistisch motivierte Äußerungen oder entsprechendes Verhalten von Einzelpersonen oder Institutionen gaben der agah immer wieder Anlass, sich zu Wort zu melden bzw. dagegen vorzugehen. An dieser Stelle einige exemplarische Beispiele:

- ∄ Ausländerbeiräte mehrerer hessischer Städte, so u.a. Wetzlar, Wiesbaden, Kassel und Lohfelden, berichteten darüber, dass immer wieder - vor allem männliche - Jugendliche, deren Aussehen auf eine so genannte südländische Herkunft oder muslimischen Glauben schließen lässt, keinen Zugang zu bestimmten Diskotheken bekommen. Die Berichte waren insgesamt so glaubhaft, dass auszuschließen war, dass das Verhalten der Eigentümer sich nur auf einzelne, ihnen möglicherweise bekannte Personen bezog. Vielmehr lagen deutliche Anhaltspunkte vor, dass hier speziellen Gruppen von vornherein der Zugang verwehrt werden sollte.

Der Vorstand thematisierte die Vorfälle u.a. in einem Gespräch mit Staatsminister Riebel am 5. Februar 2003, der eine bewusste Diskriminierung zunächst ausschloss. Es wurde deshalb vereinbart, gemeinsam und inkognito einen „Feldversuch“ zu starten.

Am 27. Juni 2003 fand dieses Experiment dann in Wetzlar statt. Mit Unterstützung des Ausländerbeirates Wetzlar begleiteten Staatsminister Riebel, Manuel Parrondo und Ulrike Foraci in gebührendem Abstand eine Gruppe türkischer Jugendlicher, die um Zutritt baten. Die Gruppe wurde dann tatsächlich nicht hereingelassen. Dies war umso erstaunlicher, da der Besuch offensichtlich vorher bekannt geworden war, der örtliche CDU-Landtagsabgeordnete Irmer Herrn Riebel und die Vertreter der agah bereits vor der Tür der Disko erwartete und der Besitzer der Disko über die Aktion informiert war.

Minister Riebel konnte hinterher zumindest nicht mehr ausschließen, dass hier tatsächlich Jugendliche wegen ihrer Herkunft benachteiligt werden.

- € Ende 2002 wurde bekannt, dass es offensichtlich gängige Praxis von verschiedenen Bausparkassen ist, bei der Kreditfinanzierung von Immobilien von ausländischen Darlehensnehmern eine so genannte Zustellungsvollmacht zu verlangen, auch wenn die Darlehensnehmer/innen bereits seit langen Jahren in Deutschland leben und einen verfestigten Aufenthaltsstatus genießen. Gegen diese Ungleichbehandlung protestierte die agah u.a. bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (mehr dazu in Kap. 3.9.6).

- € Im Berichtszeitraum wurde zudem einem Fall nachgegangen, in dem eine gemeindliche Halle einer hessischen Kommune zwar grundsätzlich für private Festlichkeiten vermietet, nicht aber für Beschneidungsfeste vergeben wird. Die agah sah darin eine deutliche Ausgrenzung bestimmter religiöser bzw. traditionell motivierter Feierlichkeiten und protestierte dagegen u.a. beim Hessischen Innenministerium (vgl. dazu die Ausführungen in Kap. 3.19.1).

- € Die Pressestelle des Polizeipräsidiums Westhessen verwandte in einer Pressemitteilung über ein Delikt in Sulzbach bei der Beschreibung der möglichen Täter die Begriffe „Neger“ und „Osteuropäer“. Öffentliche Proteste vor allem auch der agah führten dazu, dass die Meldung überarbeitet und die Begriffe seither nicht mehr verwendet wurden (siehe dazu Kap. 3.8.3).

- € Im Dezember 2001 wandte sich ein amerikanischer Staatsangehöriger an die agah, der diskriminierende Erfahrungen bei der Justiz beanstandete. Vorausgegangen waren Probleme des Betroffenen an seinem Arbeitsplatz, die schließlich zur Kündigung geführt hatten. Da sich der Betroffene ungerecht behandelt fühlte, wandte er sich an die örtlich zuständige Staatsanwaltschaft

und den Generalstaatsanwalt des OLG. Da es sich allerdings um bayerische Institutionen handelte und ihm nicht bekannt war, dass auch in Bayern eine Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte auf Landesebene (AGABY) existiert, wurde die Sache mit dem Einverständnis des Rat Suchenden an die AGABY weitergeleitet.



- € „Der Äppler“, Hanau, berichtete in seiner Ausgabe vom 12./13.07.2003 in einem Artikel über deutsch-italienische Beziehungen und verwendete dabei Formulierungen wie „Stinkstiefelattacke“ oder „Stinkstiefel-Staatssekretär“. Die agah protestierte in einem Schreiben an die Redaktion gegen diese verunglimpfende Wortwahl. Ein Antwortschreiben steht noch aus.

- € In einem Gespräch, das Teile des agah-Vorstandes und die Geschäftsführerin Ulrike Foraci mit dem Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag, Tarek Al-Wazir, am 25.06.2003 geführt hatten, war vereinbart worden,

eine Auflistung der nach wie vor bestehenden rechtlichen Benachteiligungen ausländischer Staatsangehöriger vorzulegen. Die agah kam dieser Bitte gerne nach und legte eine Zusammenstellung vor. In folgenden Gesetzen (exemplarisch und unvollständig; Stand 01.07.03) finden sich Benachteiligungen, wobei sich diese zum Teil nur auf Herkunftsländer außerhalb der EU beziehen, zum Teil aber auch EU-Staatsangehörige umfassen.

- ♥ Grundgesetz: Art.8 Abs.1, Art.9 Abs.1, Art.11 Abs.1, Art. 12 Abs.1, Art.20 Abs.4, Art 33 Abs.1 und 2
- ♥ Arbeitnehmerüberlassungsgesetz: § 3 Abs. 3, 5 (Kann-Bestimmung)
- ♥ Bundessozialhilfegesetz: § 120 Abs. 2-5
- ♥ Bundesausbildungsförderungsgesetz: § 8 Abs.2
- ♥ Sprengstoffgesetz: § 8 Abs.2 Nr.1 (Kann-Bestimmung)
- ♥ Bundesjagdgesetz: § 17 Abs.2 Nr.2 (Kann-Bestimmung)
- ♥ Schornsteinfegergesetz: § 4 Abs.2 Nr.2 (Benacht. außerh. EU/EWR)
- ♥ Bundesärzteordnung: § 3 Abs.1 Nr.1, § 10 Abs.3 (Benacht. außerh. EU/EWR)
- ♥ Zahnheilkundegesetz: § 2 Abs.1 Nr.1; § 13 Abs.3 (Benacht. außerh. EU/EWR)
- ♥ Gesetz über das Apothekenwesen: § 2 Abs.1 Nr.1 (Benacht. außerh. EU/EWR)
- ♥ Bundestierärzteordnung: § 4 Abs.1 Nr.1, § 11 Abs.3 (Benacht. außerh. EU/EWR)
- ♥ Beamtenrechtsrahmengesetz: § 4 Abs.1 Nr.1 (Benacht. außerh. EU/EWR)
- ♥ Bundesbeamtengesetz: § 7 Abs.1 Nr.1 (Benacht. außerh. EU/EWR)
- ♥ Psychotherapeutengesetz: § 2 Abs.1 Nr.1 (Benacht. außerh. EU/EWR)
- ♥ Steuerberatungsgesetz: § 37 a (Benacht. außerh. EU/EWR)
- ♥ Sozialgesetzbuch VIII: § 6 Abs.2 (Leistung nur bei rechtm. Aufenthalt, Duldung)
- ♥ Sozialgesetzbuch V: § 10 Abs.1 Nr.1
- ♥ Zivilprozessordnung: § 110
- ♥ Vereinsgesetz: §§ 14,15, VereinsG-DVO: §§ 19-21
- ♥ Gerichtsverfassungsgesetz: §§ 31 S.2, 109 Abs.1 Nr.1 (betr. Schöffentätigkeit)
- ♥ Verwaltungsgerichtsordnung: § 20 S.1 (betr. Schöffentätigkeit)
- ♥ Arbeitsgerichtsgesetz: § 21 Abs.2 Nr.3

- ♥ (betr. Schöffentätigkeit)
iVm Bundeswahlgesetz: § 12 Abs.1
(betr. Schöffentätigkeit)
- ♥ iVm Sozialgerichtsgesetz: § 16 Abs.1
(betr. Schöffentätigkeit)
- ♥ Finanzgerichtsordnung: § 17
(betr. Schöffentätigkeit)
- ♥ Gesetz über das Verf. in Landwirtschaftss.: § 4 Abs.3
(betr. Schöffentätigkeit)

€ Nicht zuletzt organisierte bzw. beteiligte sich die agah an Veranstaltungen, die die Bekämpfung von Rassismus und Rechtsradikalismus zum Gegenstand hatten. Exemplarisch seien genannt:

- 04.02.2002 Roundtable-Gespräch mit Mark Weitzmann, Repräsentant des Simon-Wiesenthal-Centers New-York-City, zum Thema „The Task Force Against Hate“, Amerika Haus Frankfurt am Main
- 14.09.2002 Anti-rassistischer Aktionstag, Gießen. Diverse Veranstalter: u.a. AB Gießen



3.1.2.2 Antidiskriminierungsgesetz

Ein Antidiskriminierungsgesetz ist nach Auffassung der agah ein wichtiger Schritt bei der Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus.

Die Zahl rassistisch motivierter Anschläge liegt zwar seit Mitte der 90er Jahre auf statistisch deutlich niedrigerem Niveau. Kaum abgenommen hat jedoch die subtile Diskriminierung. Auch verbale Beschimpfungen oder diskriminierendes Handeln, beispielsweise im Freizeitbereich, sind vor allem in ländlichen Gebieten und in Stadtteilen mit sozialen Brennpunkten noch immer an der Tagesordnung.

Initiativen für mehr Integration brauchen daher flankierende Maßnahmen zur Beseitigung gesellschaftlicher und sozialer Ungleichbehandlung. Vordringliches Ziel muss dabei die Bekämpfung von Vorurteilen, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sein.

Zwar gibt es parteiübergreifend inzwischen ein erhöhtes politisches Bewusstsein dafür, dass rassistische Ausgrenzung oder Diskriminierung ethnischer oder religiöser Minderheiten nachhaltigen gesellschaftlichen Schaden anrichten. Umfassende Konzepte und Antirassismusstrategien lassen demgegenüber leider sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene noch immer auf sich warten. Fragen von Intoleranz, Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit und deren Bekämpfung mussten deshalb auch im Berichtszeitraum ein Arbeitsschwerpunkt der agah bleiben.

Ein wichtiger Schritt, der sich hierfür seit 2000 abzeichnete, stellte die Erwartung auf die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie 2000/43/EG zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft dar. Diese Richtlinie - so die Vorgabe der EU - war auf nationaler Ebene bis Juli 2003 zu transformieren. Sie enthält umfassende Anforderungen an ein wirksames Antidiskriminierungsrecht und verpflichtet die Mitgliedsstaaten der EU, einen Mindeststandard an rechtlichen Regelungen einzuführen.

Im Vorjahresbericht wurde bereits ausgeführt, dass die Frage von großer Bedeutung ist, ob bei der Transformation der Richtlinie 2000/43/EG auf nationaler Ebene lediglich die Durchsetzung des negativ formulierten Diskriminierungsverbotes durch entsprechende Normen zur Unterlas-

sung von Diskriminierungen als ausreichend angesehen werden kann, oder weiterführende Verpflichtungen für den Gesetzgeber abgeleitet und Forderungen aufgestellt werden können. Ferner wird in den Gründen der Richtlinie 2000/43/EG ausgeführt, dass das Diskriminierungsverbot auch hinsichtlich Drittstaatsangehöriger angewandt werden „sollte“. Ungleichbehandlungen aufgrund der Staatsangehörigkeit und Vorschriften über Einreise, Aufenthalt und Zugang zum Beruf von Drittstaatsangehörigen seien davon jedoch unberührt. Da bezüglich EU-Bürgern offensichtliche Schranken, z. B. im Hinblick auf den Berufszugang, nicht festzustellen sind bzw. bereits nicht mehr vorliegen, beinhaltet dies weiterhin die Überlegung, dass es sich bei diesen Benachteiligungen um versteckte Benachteiligungen handelt. Entsprechend den obigen Ausführungen muss das Ziel der Umsetzung der Richtlinie daher auch sein, versteckte Diskriminierungen abzubauen.

Die agah begleitete im Berichtszeitraum die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie 2000/43/EG weiterhin kritisch. Die Mitgliedsbeiräte wurden über aktuelle Entwicklungen ständig informiert, so unter anderem im Rahmen einer von agah und HLZ am 22.11.2003 veranstalteten Fachtagung zur Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie in Langen. Vertreter der agah beteiligten sich zudem aktiv an der nationalen und europäischen Diskussion über die Möglichkeiten der Ausgestaltung einer nationalen Antidiskriminierungsgesetzgebung, so am 22. Mai 2002 im Rahmen der Fachtagung der Landesbeauftragten für Ausländerfragen Rheinland-Pfalz „Alle ‚anti‘ – alles klar? Antidiskriminierungen im europäischen Vergleich“ in Mainz und vom 30. bis 31. Januar 2003 bei der Konferenz des Europäischen Netzwerkes gegen Rassismus zur Umsetzung der Richtlinie zur Bekämpfung rassistischer Diskriminierung in Berlin.

Mehrfach war die Antidiskriminierungsrichtlinie Gegenstand der Beratungen im Vorstand.

Besonders bedauert wurde, dass ein erster von der Bundesregierung vorgelegter Gesetzentwurf 2002 zurückgenommen wurde und die Berliner Regierung trotz Terminsetzung 2003 bis zum Abfassen dieses Berichtes nicht in der Lage war, einen neuen Entwurf in die parlamentarischen Beratungen einzubringen.